

Förderverein Sporthilfe Vogtland wird zehn Jahre alt

Eiserner Trainingswille und vordere Podestplätze

Fast auf den Tag genau wurde vor zehn Jahren am 19. November 2001 der Förderverein Sporthilfe Vogtland gegründet – der deutschlandweit weiterhin seinesgleichen sucht. Auf der Jubiläumsfestveranstaltung zogen Vereinsmitglieder und Förderer Bilanz. Die Idee den Leistungssport zu fördern, speziell die einzelnen Sportler in ihrer leistungssportlichen Entwicklung materiell und finanziell zu unterstützen und eine zielgerichtete eigene Nachwuchsentwicklung in den regionalen Schwerpunktsportarten im Vogtland zu entwickeln, gab es bereits 1998, so Landrat Dr. Tassilo Lenk und Initiator der Sporthilfe Vogtland in seinem Grußwort. Verbunden mit einer systematischen Talentsuche und Talentförderung sollen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Sportler nach ihrer sportlichen Grundausbildung und Förderung in vogtländischen Vereinen und Stützpunkten auch weiterhin die Sportregion Vogtland national und interna-

tional vertreten, ruft Lenk die Ziele des Fördervereins auf, der heute über ein Stiftungskapital von 3,7 Millionen Euro verfügt. Drei wesentliche Projekte verfolgt die Sporthilfe. Im „Team Vogtland A“ wurden von 1999 bis 2011 390 Sportler mit finanzieller und ideeller Unterstützung gefördert. Im „Team Vogtland N“ von 1999 bis 2011 insgesamt 867 Nachwuchssportler und in einem dritten Projekt werden Regionaltrainer gefördert und unterstützt, so der amtierende Vorsitzende des Vereins Dietrich Peters.

Doreen Lamb, die Junioren-Kufenflitzerin des Jahre 2011 und der Trainer Bernd Glaß bedankten sich stellvertretend für die ihnen gewährten Förderungen und versprachen vordere Plätze auf den Podesten und eisernen Trainingswillen. Die Sparkasse Vogtland, die Stadt Plauen und die Paracelsusklinik Reichenbach wurden mit dem Ehrenzeichen des Kreissportbundes ausgezeichnet. (pdk)



Für Kufenflitzerin Doreen Lamb gab es vom Vereinsvorsitzenden Dietrich Peters (r.) und dem Schatzmeister des Vereins Hans-Jürgen Kennerknecht (l.) Glückwünsche und ein Präsent. Foto: Dieter Krug

Vom Gartenabfall zum Energiespender

Der Oktober ist längst vorüber, die Gartenfeuer, mit denen sich so manch Gartenbesitzer seines Hecken- und Strauchschnitts entledigte, lange erloschen. Doch im Landratsamt Vogtlandkreis rauchen nach wie vor buchstäblich die Köpfe, wie den Grünabfällen der Region sinnvoll, effektiv und vor allem flächendeckend ihr verbliebenes Potenzial abzugewinnen ist. Die Lösung bietet ein Pilotprojekt zum energetischen Verwerten der Naturmaterialien.

Im Vogtlandkreis sollen Grünschnitt und Gartenabfälle künftig flächendeckend erfasst und energetisch verwertet werden. Das ist das große Ziel des Landratsamtes Vogtlandkreis. Das Umweltamt hat sich der Frage nach dem „Wohin mit Gar-

tenabfällen“ seit Längerem angenommen und nun im Rahmen eines sächsischen Pilotprojekts Nägel mit Köpfen gemacht.

Am Ende des Versuchs soll ein Angebot stehen, diese Materialien möglichst ganzjährig einer geeigneten energetischen Nutzung zuzuführen. Grasschnitt, holzige Biomasse in Form von Ast- und Heckenschnitt sind ebenso gefragt wie auch Holzaufkommen, die bisher nicht genutzt werden konnten.

Daraus könnte künftig Biogas, Wärme und/oder Strom produziert werden. Auch die Frage kurzer Transportwege haben die Organisatoren im Visier: Mit Hilfe des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft soll ein Logistiksystem und eine Verwertungsstrategie speziell für den Vogt-

landkreis aufgebaut werden. Besonderer Fokus liegt dabei auf der regionalen Vermarktung des Materials. Durch geeignete Sammelstellen könnten die „Gartenfeuer“ in absehbarer Zeit wesentlich reduziert, Grünschnitt, Astwerk und Holz sinnvoll verwertet werden.

Seit Juli 2011 ist im Umweltamt ein Regionalmanager beauftragt, das neue System im Rahmen des Pilotprojekts aufzubauen. Gegenwärtig läuft die Erfassung der Anfallmengen an Landschaftspflegematerial insbesondere aus der Land- und Forstwirtschaft, von Städten und Gemeinden sowie Hausmeisterdiensten. In diesem Zusammenhang bittet das Landratsamt um Mithilfe der betreffenden Einrichtungen und Betriebe.

Info-Telefon: 03741 392-2162.

Schnelles Internet im Vogtlandkreis

Festnetz für die Gemeinden Mühlental und Eichigt

Der Vogtlandkreis als Projektträger erschließt zurzeit mit der Deutschen Telekom, die im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag für die Umsetzung erhalten hat, die Region mit schnellem Internet. Bereits im vergangenen Jahr wurde von Seiten des Landkreises auf die Telekom hingewirkt, dass Ortsteile, die derzeit mit einem Kupfernetz versorgt werden, auch perspektivisch im Festnetzbereich mit schnellem Internet und nicht mit Funk erschlossen werden. Dementsprechend konnte der Landrat dem Bürgermeister der Gemeinde Mühlental, Dieter Weller, und dem Bürgermeister der Gemeinde Eichigt, Christoph Stölzel, mitteilen, dass innerhalb der Gemeinden die Ortsteile Elstertal, Hermsgrün, Oberwürschnitz, Saa-

lig, Unterwürschnitz, Wohlbach sowie die Eichigter Ortsteile Hundgrün und Ebersbach im Bereich Festnetz perspektivisch mit schnellem Internet versorgt werden. Die gesamte DSL-Erschließung im Vogtland wird bis zum 30. 09. 2012 realisiert werden.

Gute Nachricht wurde in der letzten Kreis-Journal-Ausgabe auch für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Adorf, Bad Brambach, Bösenbrunn, Eichigt, Triebel und Weischlitz bekannt gegeben, wo die Deutsche Telekom ihre Breitbandnetze via Funk in Betrieb genommen hat. Das betrifft konkret die Adorfer Ortsteile Adorf, Jugelsburg, Remtengrün, in Bad Brambach die Ortsteile Bad Brambach, Hohendorf, Bärenndorf,

Schönberg, Oberbrambach, in Bösenbrunn die Ortsteile Zettlarsgrün, Engelhardtgrün, Ottengrün, Bobenneukirchen und Burkhardtgrün, in Eichigt die Ortsteile Birkigt und Kugelreuth, in Triebel die Ortsteile Gassenreuth, Haselrain und Posseck sowie in Weischlitz die Ortsteile Berglas, Großzöbern und Heinersgrün. „Damit ist eine zukunftsfähige Lösung gefunden worden, die wichtig ist für die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Vogtlandkreis. Auch profitieren die ansässigen Unternehmen von diesem Standortvorteil, denn Breitbandverbindungen sind aus dem Alltag nicht mehr weg zu denken“, sagt Hendrik König, verantwortlicher Projektleiter und Ansprechpartner der Telekom für die Kommunen in Sachsen.

Rosinenpicken auf Abfallmarkt erschwert

Druck der Kommunen bringt Bewegung ins Abfallrecht und mehr Sicherheit für öffentliche Hand und Gebührenzahler

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 28. 10. 2011 die äußerst umstrittene Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts verabschiedet, und damit eine Kompromisslösung zwischen dem Bundesumweltminister und den kommunalen Spitzenverbänden unter Beteiligung des Verbands kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) auf den Weg geschickt. Nunmehr ist der Bundesrat am Zug, die erzielten Kompromisse ebenfalls zu respektieren.

Mit dem gefundenen Konsens solle das „Rosinenpicken“ privater Firmen zu Lasten der öffentlich-rechtlichen Entsorger und der Gebührenzahler deutlich erschwert werden, appelliert der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré, an die Länder, diesem Kompromiss im Bun-

desrat zuzustimmen. Denn private Entsorger dürften sich nicht wirtschaftlich lukrative Stoffe zur Wiederverwertung herausuchen können und den Kommunen den wertlosen Restmüll überlassen, den diese dann auf Kosten der Gebührenzahler zu beseitigen hätten.

Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah vor, dass private Entsorger im Rahmen einer so genannten gewerblichen Sammlung die Wertstoffe aus den Haushaltsabfällen bei den Bürgern hätten abholen können, während die teure Restmüllentsorgung an den Kommunen hängen geblieben wäre, auch wenn dies Gebührenerhöhungen zur Folge gehabt hätte.

In seiner Funktion als Vorsitzender des Sächsischen Landkreistages hat Landrat Dr. Tassilo Lenk im Rahmen der Präsidiumstätigkeit beim

Deutschen Landkreistag an der vorliegenden Lösung mitgearbeitet.

„Ich begrüße diese für lange Zeit äußerst umstrittene Gesetzesnovelle und bin über das Resultat mehrerer Verhandlungsrunden überaus froh! Gern trage ich das Ergebnis mit, bewahrt es doch der kommunalen Abfallwirtschaft ihre grundlegende Rolle, die wir auch im Sinne einer moderaten Gebührengestaltung benötigen“, fasst Lenk zusammen.

Dem Gesetzesentwurf nach müssen nunmehr eine Reihe von Hürden genommen werden, bevor gewerbliche Abfallsammlungen zum Zuge kommen können. Zum Beispiel darf die Gebührenstabilität nicht gefährdet werden. Andernfalls können die rechtlich zuständigen Kommunen gewerbliche Sammlungen untersagen. Gleiches gilt, wenn durch die gewerbliche Sammlung

Abfälle erfasst werden, für die der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder der von ihm beauftragte Dritte eine haushaltsnahe oder sonstige hochwertige getrennte Erfassung (*gemeint sind hier z. B. Wertstoffhöfe, Container*) und Verwertung der Abfälle sicherstellt. Darüber hinaus sei die Hausmüllentsorgung weiterhin als hoheitliche Tätigkeit zu verstehen, so dass durch den Entwurf die Befreiung der kommunalen Entsorgung von der Umsatzsteuer nicht tangiert werden solle.

Die berechtigten Belange der öffentlichen Hand finden nun wesentlich stärker als vorgesehen Berücksichtigung. Die Regierung hatte zuvor lange an Plänen für eine starke Liberalisierung der Abfallwirtschaft festgehalten. Nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände und

des VKU müsse sichergestellt werden, dass die derzeit bestehenden hochwertigen, den lokalen Verhältnissen angepassten Bringsysteme zur Abfallentsorgung, wie z. B. Wertstoffhöfe, uneingeschränkt erhalten bleiben können. Für die Weiterentwicklung der Verpackungsentsorgung im Frühjahr 2012, bei der es um die Ausgestaltung eines Wertstofffassungssystems gehen soll, sei beabsichtigt, die Entscheidungshoheit über die Art und Weise der Wertstofffassung bei den Kommunen anzusiedeln. Damit kämen die Erlöse dem Bürger zugute.

Das Gesetz wurde am 10. 11. 2011 im Unterausschuss des Bundesrates behandelt und am 25. 11. 2011 im Bundesratsplenum. Zum Redaktionsschluss stand das Ergebnis noch aus.